

2016 wird ein Schicksalsjahr für die Hanfpolitik

Die Welt bereitet sich auf einen weniger repressiven Umgang mit Cannabis vor – mit legalen Verkaufsstellen

Von Mischa Hauswirth

Washington/Bern. Larry Hogan, Gouverneur vom US-Bundesstaat Maryland, setzte im Mai 2015 kurzerhand per Veto einen Senatsentschluss ausser Kraft. Der Republikaner will keine Entkriminalisierung von Cannabis. Das passte dem Parlament gar nicht. «Eine überwältigende Mehrheit der Wähler in Maryland will nicht, dass ein Bürger ins Gefängnis muss oder er ein Leben lang unter Vorstrafen zu leiden hat, nur weil er geringe Mengen an Cannabis besass oder unter dem Einfluss von Cannabis angetroffen wurde», schreiben die Parlamentarier in einer Erklärung. Vor einigen Tagen nun wurde das Hogan-Veto wieder durch einen Kongressbeschluss ausgehebelt.

Die Legalisierungsdebatte in den USA ist voll im Gange. Die öffentliche Meinung kippt immer mehr Richtung «pro Marihuana», wie auch mehrere nationale Umfragen zeigen. Der Meinungsumschwung wird beschleunigt durch mehrere Studien und wissenschaftliche Untersuchungen, die belegen, dass Marihuana (das Gleiche wie Cannabis) und Haschisch (gepresster Harz der weiblichen Hanfblüte) nicht die Teufelsdroge sind, als die sie die Gegner gerne darstellen. Sondern einfach eine Pflanze, die, wenn sie konsumiert wird, Nutzen bringen kann, aber auch Risiken birgt, wenn man es überreibt, wie vieles andere auch.

Hanf weiter verboten zu belassen oder ein Zurück zum kompromisslosen Krieg gegen Drogen von Ex-US-Präsident Richard Nixon, das geht ohnehin nicht. Diese Erkenntnis gewinnt in den USA zunehmend Anhänger und dürfte für die Präsidentschaftswahl im Herbst 2016 ein nicht unerhebliches Argument darstellen, ob ein Kandidat gewählt wird oder nicht. Im Geburtsland der Marihuana-Prohibition wird die Legalisierung zum Wahlkampfthema – das haben auch die republikanischen Kandidaten wie der Iowa-Vorwahl-Gewinner Ted Cruz gemerkt. Er persönlich ist zwar gegen eine Cannabis-Legalisierung und würde sich auch dagegen aussprechen, aber er akzeptiert, wenn die Gesellschaft eine andere Entscheidung trifft. Auch die demokratische Favoritin Hillary Clinton hat sich vorsichtig pro Marihuana geäussert, um die kritischen Stimmen nicht zu verlieren. Spätestens wenn die Demokraten auch den nächsten US-Präsidenten stellen – in diesem Fall wohl eher eine Präsidentin – wird die Re-Legalisierungswelle definitiv auf Europa überschwappen.

USA vor «grünem Goldrausch»

Bereits sind der Erwerb, Besitz und Konsum von Cannabis für Erwachsene unter Auflagen in vier US-Bundstaaten erlaubt. Auch Washington D.C. hat den Anbau für den Selbstgebrauch sowie eine beschränkte Menge zugelassen. In über der Hälfte der Bundesstaaten ist ausserdem der Gebrauch von medizinischem Marihuana erlaubt, und zwar ebenso in der konservativen Hochburg Texas wie im liberalen New York. Wobei medizinisches Marihuana in den USA eine Definition ist, die in Europa mit einer kontrollierten Abgabe vergleichbar wäre – ähnlich wie Antibiotika oder rezeptpflichtige Schmerzmittel.

In Kalifornien wird es gegen Ende des Jahres zu einer schicksalhaften Abstimmung kommen: Gleich mehrere Initiativen wollen Cannabis legalisieren. Und weitere Staaten haben solche Abstimmungen in der Pipeline. Wenn Kalifornien zustimmt – wovon Beobachter ausgehen –, dürfte es in den USA zu einer Kettenreaktion kommen, und Hanf würde 80 Jahre nach Inkrafttreten des Anti-Hanf-Gesetzes von 1937 (Marijuana Tax Act) seinen Weg aus der Prohibition antreten. Die Abstimmung in Kalifornien hat schon alleine deshalb gute Chancen, gewonnen zu werden, weil Sean Parker, einflussreicher Unternehmer, Silicon-Valley-Legende und Facebook-Investor, die Initiative unterstützt.

Im Vordergrund der US-amerikanischen Liberalisierungsanstrengungen steht aber nicht die Motivation, ein gegen Menschenrechte verstossendes und diskriminierendes und auf Moral gründendes Verbot abzuschaffen. Viel-



Wachsende Branche. In den USA sind durch den kontrollierten Verkauf an Erwachsene Hunderte von Jobs entstanden, wie hier in Colorado. Foto Keystone

mehr geht es um Big Business. Mit einem Augenzwinkern spricht man deshalb schon vom «grünen Goldrausch». Wie gross dieses Geschäft mit dem Gras werden kann, lassen die Steuereinnahmen 2015 erahnen: 5,4 Milliarden US-Dollar nahm der Fiskus aus dem Marihuana-Geschäft ein. Bis 2019 sollen es sogar gegen zwanzig Milliarden sein. Für viele Marktbeobachter ist aufgrund dieser Summen schwer vorstellbar, dass die US-Wirtschaft diesen Zweig künftig ungenutzt lassen wird. In der Schweiz gehen Schätzungen davon aus, dass bei einem staatlich kontrolliertem Cannabis-Verkauf jährlich Steuergelder in der Höhe von einer Milliarde Franken eingenommen werden würden.

Auch in Kanada stehen die Zeichen auf Legalisierung. Der jüngst gewählte neue liberale Prime Minister Justin Trudeau hat die Wahl nicht zuletzt wegen seines Versprechens gewonnen, den Zugang zu Cannabis zu regulieren. Wann genau Kanada die neue Politik umsetzt, ist noch nicht im Detail bestimmt. Denn für den G-7-Staat dürfte der Entscheid der UN-Konferenz Ungass im kommenden April eine grosse Rolle spielen.

Warten auf UNO-Drogenkonferenz

Die UNO hat eine Drogenkonferenz einberufen, um über das «Welt-Drogen-Problem» zu debattieren. Mit Drogen-Problem wird nicht eine grassierende Sucht beschrieben, sondern die Erkenntnis, dass der von Nixon 1972 ausgerufenen «War on Drugs» (Krieg gegen Drogen) nicht gewonnen werden kann.

Getrieben wird die Sitzung von der international wachsenden Erkenntnis, dass mit dem Einsatz von Polizei, Drogenfahndung und Staatsanwaltschaft weder Drogenkonsum noch Handel wirkungsvoll gestoppt oder zumindest dezimiert werden können. Die eigentlichen Gewinner der Repression sind daher nicht die freihetlichen Gesellschaften, sondern Verbrecherringe, Terroristen und Dealer. Die fast wöchentlichen Medienberichte von tonnenweise gefundenem Haschisch oder polizeilich ausgehobenen Hanfplantagen zeigen zudem: Die Polizei kann das Problem nur noch verwalten. Ausserdem ist das Beibehalten der aussichts- wie ideenlosen Hanfpolitik alles andere als billig.

Weil an der UNO-Drogenkonferenz auch von Hanf die Rede sein wird, könnte der etappenweise Ausstieg aus der Marihuana-Prohibition beschlossen werden – oder zumindest könnten die internationalen Gesetze so geändert werden, dass jedes Land künftig selber

entscheiden kann, wie es mit dem Hanf umgehen will. Dann müsste auch die Schweiz die Frage beantworten, ob sie nicht eine kontrollierte Abgabe an Erwachsene anpeilen will. Noch ist allerdings unklar, wie stark der Druck für eine Aufhebung der heute bestehenden UNO-Konventionen sein wird.

Umfrage in Mexiko

Mehrere Länder sind ebenso entschlossen, einen Wandel herbeizuführen, wie Kanada. Zum Beispiel Uruguay. Der südamerikanische Staat hat der Legalisierung schon zugestimmt, um Drogenkartellen und Dealerbanden das Wasser abzugraben. Chile, Kolumbien und Costa Rica haben ebenfalls schon Schritte in Richtung Lockerung gemacht und lassen zumindest den streng kontrollierten Anbau von medizinischem Marihuana zu, damit – wie beispielsweise in Kolumbien – Firmen Cannabis exportieren könnten, in die USA und nach Europa.

Ein Staat, der sich ebenfalls mit der Legalisierungsfrage beschäftigt, ist Mexiko. Das oberste mexikanische Gericht hat vier Klägern das Recht zugestanden, Marihuana zu konsumieren und für den Eigengebrauch Hanf anzupflanzen. Zwar ist der mexikanische Präsident Enrique Peña Nieto ein Gegner der Legalisierung, weil er nicht glaubt, dass damit die Drogenbanden wirksam bekämpft werden können, doch zumindest hat er Umfragen in Auftrag gegeben, um die Meinung der Bevölkerung herauszufinden. Mit dieser Information reist dann Mexiko an die UNO-Drogenkonferenz.

Das mittelamerikanische Land bezahlt bislang den blutigsten Preis für die Aufrechterhaltung der Cannabis-Prohibition und den aktuellen Kampf gegen Drogen – Zehntausende sind bei Kriegen zwischen den Kartellen, welche die Schmuggelrouten mit Waffengewalt, Hinrichtungen und brutalen Verurteilungen verteidigen, getötet worden. Gemäss dem US-amerikanischen National Drug Intelligence Center kontrollieren die Kartelle den Drogenhandel für tausend US-Städte.

Die Macht der Drogenkartelle ist einer der Gründe, warum der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan oder alt Bundesrätin Ruth Dreifuss eine Abkehr von der Repression fordern und sich international dafür engagieren, dass an der UNO-Konferenz neue Modelle eine Chance haben. Auch der Tessiner alt FDP-Ständerat Dick Marty fordert eine rasche Abkehr von der Verbotspolitik. Im Vorwort zum Buch «Der Cannabis-Irrsinn» (Nachttschattenver-

lag) schreibt er: «Das leichte Geld aus dem Drogenbusiness ist zu einem ökonomischen Faktor von grosser Wichtigkeit geworden, das erklärt auch, warum das Problem nicht bei den Wurzeln angepackt wird.»

Die organisierte Kriminalität setzt laut der Katholischen Universität vom Heiligen Herzen in Mailand in Europa jedes Jahr 100 Milliarden Euro um. Bevorzugt lassen Schattenorganisationen das Geld in die Baubranche, ins Logistikgewerbe, den Lebensmittelhandel sowie Bars und Restaurants fliessen. Fast sieben Milliarden Euro stammen dabei aus dem Marihuana-Geschäft.

Trotz dieser Erkenntnisse hält die Schweiz wie Deutschland oder Frankreich an der Repression fest. Die Schweizer Polizei gehen weiter mit aller Härte gegen Hanf vor, wie eine Statistik vom Verein «Legalize it!» zeigt: 2015 stellte die Polizei alle elf Minuten wegen Cannabis-Konsumierenden eine Ordnungsbuss aus oder verzeigte sie; es gibt häufig Vorstrafen wegen einer Bestellung von ein paar Hanfsamen; es kommt zu Hausdurchsuchungen wegen einer Hanfsamenbestellung oder zwei Pflanzen auf dem Balkon. In der Schweiz kostet die Repression gut 300 Millionen Franken pro Jahr, in Europa werden die Kosten auf sieben Milliarden geschätzt.

Politik und Staat interessiert dabei wenig, dass Leute ihren Fahrausweis verlieren, nur weil bei ihnen Abbauprodukte vom Cannabis-Konsum gefunden wurden. Aussagekräftige THC-Grenzwerte, wie bei Alkohol, kennt das helvetische Strassenverkehrsgesetz nicht.

Drogenhandel wirksam bekämpft

Dass – anders als die Prohibitions-Anhänger behaupten – mit einer Legalisierung durchaus der internationale Drogenhandel wirksam bekämpft werden könnte, zeigen Beispiele wie dieses aus Mexiko. Dort beklagen sich gemäss einem Report der US-Anti-Drogen-Behörden (DEA) mexikanische Bauern, dass sie und die Kartelle, für die sie arbeiten, kaum mehr etwas an Marihuana verdienen – der Kilopreis fiel von 100 auf 25 Dollar. «Es lohnt sich nicht mehr. Ich wünschte mir, die Legalisierung in den USA würde gestoppt», wird ein Farmer zitiert.

Die Erfahrungen aus Holland und neuerdings aus Colorado zeigen: Wenn Cannabis kontrolliert an Erwachsene verkauft wird, dann führt das nicht zu einem Happy-Kiffer-Land und auch nicht zu einem Anstieg des Konsums unter Jugendlichen oder Erwachsenen. Auch die Verkehrsunfälle haben in den ver-

gangenen zwei Jahren in Colorado nicht zugenommen. Zudem unterschlagen Cannabis-Gegner gerne, dass Hanf deutlich weniger gesundheitliche Probleme hervorruft als Tabak und Alkohol.

Wenn die Eidgenossenschaft heute so tut, als wäre eine Cannabis-Freigabe gar nicht machbar, dann kann das widerlegt werden: Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats (SGK) hat 2001 den Weg aufgezeigt, wie eine Hanffreigabe aussehen müsste. Ihr Bericht liest sich wie ein Papier, das für die aktuelle Cannabis-Diskussion geschrieben wurde.

Die SGK kam damals zum Schluss, dass «die negativen Auswirkungen des vor allem bei Jugendlichen verbreiteten Cannabis-Konsums verschwindend sind im Vergleich zum volkswirtschaftlichen und sozialen Schaden», und dass Kiffen «volkswirtschaftlich und sozial weit weniger schädlich als das Rauchen und der Alkoholkonsum» sei. Damals wie heute ging es in der Diskussion um THC-Höchstwerte, Anbau- und Produktkontrollen sowie fixe Regeln bezüglich Bezugsmengen und Jugendschutz. Im Fokus standen und stehen Lizenzmodelle mit hohen Steuern.

Eigene Karriere vorangetrieben

Die Gegner indes malen gerne den Teufel an die Wand und verweisen auf das gescheiterte «Experiment» Anfang der 2000er-Jahre, als Läden Hanf verkauften. In Basel gab es damals mehr Hanfläden als Bäckereien, und es kam zu Erpressungen, Gewalt und Entführungen in der Szene. Versagt haben bei diesem Trauerspiel allerdings – und das verschweigen die Politiker gerne – vor allem Politik und Staat in Form des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) als oberste Aufsichtsbehörde. «Statt zuerst die gesetzliche Grundlage und die Rahmenbedingungen zu schaffen, überliess man es dem Markt, sich selbst zu regulieren. Das hat nicht funktioniert», sagt Roger Ligenstorfer, Verleger von Informationsbüchern über den Hanf.

Was viele nicht wissen: Beim ursprünglichen Verbot von 1937 ging es um ein Wirtschaftskomplot gegen Hanf als aufsteigenden Rohstoff. Harry J. Anslinger, der Vater des Marihuana-Verbotes und Begründer des amerikanischen Bureau of Narcotics and Dangerous Drugs, machte Stimmung gegen Hanf, um damit seine eigene Karriere voranzutreiben. In einem Interview auf seinem Sterbebett in den 1970er-Jahren sagte er: «Sicherlich ist Marihuana eher harmlos. Aber die Sache war ein Beispiel dafür, dass ein Verbot die Autorität des Staates stärkt.»